

FSG Zentralausschuss POLIZEI**4/4 News 2015****Überblick**

Euer FSG-Team im Zentralausschuss und der Polizeigewerkschaft
F. Fichtinger W. Haspl H. Greylinger C. Wally H. Wally A. Bogner

wünscht Frohe **Weihnacht**
und viel Glück für 2016

www.fsg4you.at

Aktuelles

Erlässe

Dienstrecht

Anträge

Steuerreform ab 1.1.16

Forderungen der Polizeigewerkschaft und des ZA!

PERSONAL

- eine weitere Aufnahmeoffensive ohne „Wenn und Aber“
- die Schaffung eines „Aufnahmepools“
- die Schaffung eines „Karenzpools“

BESOLDUNG

Absicherung der pausch. Zulagen bei länger als 30 Tage dauernden Krankensständen.

GESUNDHEITSVOR-/FÜRSORGE

Der Dienstgeber hat durch gesetzliche Vorgaben, auch im Wege der Sozialversicherung, dafür zu sorgen, dass für die Kollegenschaft der Zugang zu allen Vorsorgemaßnahmen (z. B. Schutzimpfungen) und Behandlungsmaßnahmen (z. B. mentale Betreuung) kostenfrei zugänglich ist.

„INTERNE“ PROBLEMFELDER - Forderungen des ZA:

- Eine 2. NZG-Stunde pro ND
- Bereitstellung geeigneter persönlicher Schutzausrüstung
- Einhaltung der Bestimmungen der DIMA bei der Dienstplanung
- Versorgung der eingesetzten Kräfte durch den Dienstgeber
- Adäquate Unterbringung der eingesetzten Kräfte
- Keine Verwendung von Räumlichkeiten (Schlafräume von Schülern, Klassenzimmern, Turnsälen) für „externe“ Notwendigkeiten
- Rechtzeitige Anordnung von Dienstzuteilungen

BM Mikl-Leitner sagte bei den Verhandlungen mit der PG und dem ZA umfangreiche Verbesserungen zu.

Siehe umseits.

Erinnern wir uns!

Das BM.I wies am 18.12.2014, im Zuge einer Videokonferenz alle Landespolizeidirektionen an,

dass für das Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 eine Reduktion der Mehrdienstleistungen/Überstundenpunkte in einer Höhe von 13% vorzunehmen sei.



Nun, es kam ganz anders!

Flüchtlingsströme, Anschläge und Terrorismusgefahr in Europa, Personalknappheit in der Bundespolizei und andere Umstände, haben das beabsichtigte Sparprogramm der Innenministerin ad absurdum geführt.

Daher wurden vom BM.I die geplanten Reformen - wie Planungsverbände, DIMA-Änderung etc - ausgesetzt und nur die Umsetzung der **Fach- und Führungskarriere** angekündigt.

Dienstrechts-Novelle

Löschung der Belehrung oder Ermahnung

(§ 109 Abs. 2 und § 243 Abs. 8 BDG 1979, § 78 Abs. 2a und § 121i LDG 1984, § 86 Abs. 2a und § 125a Abs. 5 LLDG 1985)

Grundsätzlich soll durch die Neufassung dieser Bestimmung an der Belehrung oder Ermahnung nichts verändert werden. Es wurde lediglich eine Pflicht zur Löschung der Aufzeichnungen in jedweder Form über eine Belehrung oder Ermahnung normiert. Diese Pflicht zur Löschung tritt dann ein, wenn eine Belehrung oder Ermahnung auch zu keinen dienstlichen Nachteilen mehr führen darf, also nach dem Ablauf von **drei Jahren** ab Mitteilung der Belehrung oder Ermahnung an die Beamtin oder den Beamten.

Änderungen in der Reisegebührenvorschrift 1955

Mit § 7a RGV (§ 7 Abs. 3 RGV) werden nunmehr fixe, von der zurückgelegten Kilometeranzahl abhängige Beträge für die Vergütung von zurückgelegten Eisen-



bahnstrecken festgelegt. Aufwandsersatz für zurückgelegte Eisenbahnstrecken sind gemäß der Anlage zu § 7a RGV abzurechnen.

Der Beförderungszuschuss deckt sämtliche Beförderungskosten, insbesondere jene für Massenbeförderungsmittel im Fern- und Nahverkehr ab. Der Beförderungszuschuss beträgt bei einer Weglänge von drei Kilometern **1,64 €**, bei neun Kilometern **1,80 €**, bei 50 Kilometern **10,00 €**, bei 150 Kilometern **20,00 €**, bei 300 Kilometern **35,00 €** und bei 500 Kilometern **45,00 €**.

Verwendungszulage

Die Verwendungszulage wird künftig in Tabellenform im Gehaltsgesetz angeführt und muss daher nicht mehr herausgerechnet werden.

Eigene Tabelle für jede Besoldungsgruppe!

WHG

Die Ausgleichsmaßnahme für entgangenes Schmerzensgeld wurde erhöht.

Die FPÖ und die NEOS stimmten gegen das Gesetz.

Im Ministerrat wurde u.a. beschlossen:

Für 2016 sind 1.500 Neuaufnahmen für den Polizeidienst geplant
Für die Jahre 2017 und 2018 werden weitere Neuaufnahmen - bis zu 2.000 - für Grenz- und Fremdenpolizeiliche Agenden folgen.

Die Ausrüstung für den GSOD wird bis 2018 laufend ausgebaut.
Je 1.000 ballistische Schutzwesten für 2016 und 2017.

Weiters werden 6.000 ballistische Schutzhelme, 2.350 LED Taschenlampen, Körperschlagschutz und flammhemmende Einsatzanzüge beschafft.

Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem BM für Gesundheit betreffend verbessertem kostenlosen Impfschutz für alle im Einsatz stehenden PolizistInnen.

Die geforderte „2. Nachtzeitguthabenstunde“ wird vom BM.I auf Umsetzung geprüft. Ergebnis folgt.

Über Initiative der Polizeigewerkschaft wurde mit Unterstützung von Beamten-Staatssekretärin Sonja Stessl und BM Hannelore Mikl-Leitner eine Fortzahlung der Erschwerniszulage im Krankheitsfall (Burn Out) beantragt. Der erforderliche Antrag auf Gesetzesänderung wurde von den Nationalräten Otto Pendl und Werner Amon im Parlament eingebracht. Mit einer - unverbindlichen - Entschließung forderte der Nationalrat die Regierung auf, im Rahmen der Dienstrechtsreform Bundesbedienstete bei länger dauernden Krankenständen abzusichern. Denn nach dem 30. Tag werden pauschalierte Zulagen für Polizisten eingestellt.

Gehalt 1,3 Prozent mehr

Ab 1. Jänner 2016 erhalten Beamte um 1,3 Prozent mehr Gehalt.

Der Nationalrat fixierte die Entscheidung am Donnerstag (10.12.15).

Ebenso wurde das Schmerzensgeld nach dem WHG erhöht.

Die FPÖ und die NEOS stimmten gegen das Gesetz.

Beide lehnen die inkludierte Nachbesserung des Besoldungsschemas ab.

Erlässe

Vom BM.I wurde der bisherige Erlass betreffend Bekleidungswirtschaftsfonds in die Erlässe

Massavorschrift (MV)

Polizeiuniformvorschrift (PUV) und

Etatvorschrift (EV) gesplittet und neu gefasst. Über Antrag der FSG im ZA konnten vor der Verlautbarung einige kritische Punkte aus den Vorschriften beseitigt bzw. entschärft werden.

Die Bekleidungspauschale wird künftig gesplittet 2x pro Jahr auf das Bekleidungskonto angewiesen, wodurch dem BWF die Geldmittel zur Beschaffung von Uniformsorten ausgeglichener zu Verfügung stehen.

Die Anforderung der Rep.Pausch. und des Bekleidungsbeitrages kann nun bis 30. November jeden Jahres erfolgen.

Lohnsteuerreform: Ab 1. Jänner 2016 gibts mehr Geld!

Eigenen Vorteil ausrechnen - Lohnsteuerrechner unter nachfolgendem Link:

http://www.oegb.at/cms/506/506_1.2.a/1342555989928/themen/lohnsteuer-runter/mehr-netto-rechner

LOHNSTEUER RUNTER WIR HABEN ES GESCHAFFT!

● DIE GRÖSSTE STEUERREFORM SEIT 40 JAHREN

Eine spürbare Entlastung von 5 Milliarden Euro, die vor allem den kleinen und mittleren Einkommen zugute kommt!

● BIS ZU EINEM DRITTEL MEHR NETTO VOM BRUTTO

Bei einem mittleren Einkommen von 2.100 Euro monatlich bleiben 900 Euro im Jahr mehr. Die Lohnsteuer reduziert sich um 30 Prozent!

● WIR ZAHLEN UNS DIE ENTLASTUNG NICHT SELBST

Keine Kürzungen bei Zulagen oder Urlaubs- und Weihnachtsgeld! Sozial ausgewogene Gegenfinanzierung, die mit gezielter und verstärkter Bekämpfung des Steuerbetrugs zu mehr Fairness führt!

NETTO MEHR IM BÖRSEL!

Danke an mehr als **882.000** UnterstützerInnen!
Gemeinsam haben wir Druck gemacht.
Die Lohnsteuersenkung kommt!

*Frohe Weihnachten und viel Glück
für 2016 wünscht das Team der
FSG im Zentralausschuss und
in der Polizeigewerkschaft!*



*Diese Schuhe werden wohl nicht als
Massasorte zu beziehen sein!*



Vorschrift über die körperliche Eignung für den Exekutivdienst

Die Vorschrift über die Feststellung der körperlichen und geistigen Eignung von Bewerbern/Bewerberinnen betreffend die Aufnahme in den Exekutivdienst, bei der **Definitivstellung** von Bediensteten, sowie über die Feststellung der **Exekutivdienst-tauglichkeit** von Bediensteten, wurde vom BM.I neu gefasst. Über Antrag der FSG wurden einige Bestimmungen, welche zu tief in die persönliche Integrität der Betroffenen eingegriffen hätten, herausgenommen bzw. umformuliert.

Auch ist es künftig möglich, dass auf Verlangen des/der Bediensteten bei der Definitivstellungsuntersuchung ein Personalvertre-

